

Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien und Regionalentwicklung
(61. - öffentliche - Sitzung am 20. Oktober 2016)

Beratungsthemen:

1. **Beschlussfassung über den Antrag der Fraktion der CDU vom 22. September 2016 auf Unterrichtung über die näheren Umstände der Vergabe der Evaluation zur Einrichtung der Ämter für Regionale Landesentwicklung durch Herrn Prof. Bogumil (Bochum)**

Der Ausschuss bat die Landesregierung einvernehmlich um Unterrichtung. Als Termin hierfür nahm er den 3. November 2016 in Aussicht.

Er bat darum, der Landesregierung die vom Abg. Uwe Schünemann formulierten Fragen zuzuleiten mit der Bitte, diese vorab schriftlich zu beantworten.

2. **Zuzug von Asylbewerbern und Flüchtlingen sinnvoll steuern - das Instrument der Landesplanung anwenden**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/5831](#)

*Der **Ausschuss** war in seiner 60. Sitzung am 22. September übereingekommen eine Anhörung zu dem Antrag durchzuführen. Er verständigte sich auf folgende Anzuhörende:*

- *die Niedersächsische Akademie Ländlicher Raum e. V.,*
- *Landrat Winter, Landkreis Emsland,*
- *der Niedersächsische LandFrauenverband Hannover e.V.,*
- *Bürgermeister Andreas Memmert, Gemeinde Schladen-Werla,*
- *DGB*
- *Flüchtlingsrat Niedersachsen,*
- *Unternehmerverbände Niedersachsen e. V.,*
- *Niedersächsische Landkreistag,*
- *Akademie für Raumforschung und Landesplanung - Leibniz-Forum für Raumwissenschaften, Generalsekretär Prof. Dr. Rainer Danielzyk*
- *das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und*
- *die Bundesagentur für Arbeit - Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen - Abteilung Politik, Arbeitsmarkt und Netzwerke.*

Er bat die Anzuhörenden, ihre schriftlichen Stellungnahmen dem Ausschuss bis zum 22. November 2016 zuzuleiten.

Als Termin für die Anhörung nahm er den 1. Dezember 2016 in Aussicht.

3. **Beteiligung des Landtages in Angelegenheiten der Europäischen Union**

Der Landesregierung liegen aus dem Ausschuss auf Wunsch der SPD-Fraktion Bitten um schriftliche Unterrichtung zu folgenden EU-Angelegenheiten vor:

*Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1316/2013 und (EU) Nr. 203/2014 im Hinblick auf die Förderung der Internetanbindung in Kommunen; COM-Nr.: (2016) 589 final - **Bundesratsdrucksache 564/16,***

*Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über das Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt; COM-Nr.: 593 final - **Bundesratsdrucksache 565/16,***

*Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates mit Vorschriften für die Wahrnehmung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten in Bezug auf bestimmte Online-Übertragungen von Rundfunkveranstaltungen und die Weiterverbreitung von Fernsehen- und Hörfunkprogrammen; COM-Nr.: (2016) 594 final - **Bundratsdrucksache 566/16.***

Außerdem bat der Ausschuss auf Antrag der Ausschussmitglieder der CDU-Fraktion einvernehmlich um Unterrichtung durch Wirtschaftsminister Lies über dessen Ausführungen am 20. Oktober 2016 vor dem EU-Untersuchungsausschuss zu Abgasmanipulationen.

Als Termin hierfür nahm der Ausschuss den 3. November 2016 in Aussicht.

4. Terminabsprachen, Verschiedenes

Der Ausschuss besprach Terminfragen.

Er bat die Sprecher der Fraktionen, am Rande des kommenden Plenarsitzungsabschnittes zu klären, ob vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen auf europäischer Ebene und insbesondere vor dem Hintergrund der Verhandlungen über den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union im ersten Halbjahr 2017 noch einmal eine Informationsreise des Ausschusses nach Brüssel stattfinden soll.